

## Historischer Akt gegen das Wirtschaftsgesetz

**Über das Wirtschaftsentwicklungsgesetz hat das Bündner Stimmvolk das letzte Wort. Gestern ist das Referendum mit 1786 Unterschriften eingereicht worden.**

VON ENRICO SÖLLMANN

Die SP Graubünden, die Juso Graubünden, der Bündner Gewerkschaftsbund sowie mehrere Umweltorganisationen, darunter auch der WWF Graubünden, haben gestern auf dem Regierungsplatz in Chur für eine historische Premiere gesorgt. Erstmals in der Geschichte des Kantons ist ein Gesetzesreferendum zu Stande gekommen. Dieses richtet sich gegen das «missratene» kantonale Wirtschaftsentwicklungsgesetz, als dessen Knackpunkt die mögliche Mitfinanzierung von Schneekanonen durch den Kanton gilt. Nötig gewesen wären für das Referendum 1500 Unterschriften, das Komitee konnte der Standeskanzlei schliesslich ein Paket mit 1786 beglaubigten Unterschriften übergeben.

### «Biederer Papier»

Obwohl das Referendumskomitee erst nach den Sommerferien den Abstimmungskampf so richtig lancieren will - das Gesetz wird dem Stimmvolk im September vorgelegt -, führte es gestern doch schon einmal zahlreiche Argumente ins Feld. Peter Peyer, Präsident der Bündner SP, machte etwa darauf aufmerksam, dass das Gesetz nicht nur, wie von den Befürwortern angenommen, an den Schneekanonen aufgehängt werden könne. Denn was als «grosser Wurf» angekündigt worden sei, habe sich als «biederer Papier» entpuppt, das keine Schwerpunkte setze, keine Perspektiven aufzeige und auch ein paar selbstverständliche Prinzipien moderner Wirtschaftspolitik wie etwa Nachhaltigkeit oder Risikokapital vermessen lasse, betonte Peyer weiter.

Laut Anita Mazzetta, Präsidentin des WWF Graubünden, verstärkt das Gesetz des Weiteren die Monokultur des Skitourismus. Das «ruinöse Wettrüsten» gehe somit weiter, obwohl Experten einen Ausstieg aus dem krisen- und klimaanfälligen Skitourismus empfehlen würden. Auch Thomas Zurfluh von der Juso ist die Förderung des Massenwintertourismus ein Dorn im Auge. Diese stehe im «krassen Widerspruch» zur aktuellen «Sparhysterie» des Kantons. So sei im letzten Jahr vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales massiv gekürzt worden.

### SP-Antrag abgelehnt

Das neue Gesetz war im vergangenen Februar vom Grossen Rat verabschiedet worden. Dieser lehnte damals einen Antrag der SP-Fraktion, die Vorlage direkt dem Volk zu unterbreiten, deutlich ab. In der neuen Bündner Verfassung ist zwar kein obligatorisches Gesetzesreferendum vorgesehen, dem Parlament steht es jedoch frei, Gesetzeserlasse von sich aus vors Volk zu bringen.

Wirtschaftsentwicklungsgesetz

## «Schneekanonen machen noch keinen Winter»

### **Vertreter von Umweltschutzorganisationen und Linksparteien haben gestern in Chur ihr Referendum gegen das kantonale Wirtschaftsförderungsgesetz eingereicht.**

Noch rechtzeitig vor Ablauf der Referendumsfrist haben SP, Juso und zahlreiche Umweltverbände gestern bei der Standeskanzlei rund 1800 Unterschriften für das erste kantonale Referendum eingereicht. Die Volksabstimmung dürfte im Herbst stattfinden.

Die Vertreter des Referendumskomitees machten gestern verschiedene Gründe für das Unterschriftensammeln geltend. Jungsozialist Thomas Zurfluh kritisierte, dass mit dem Gesetz «Steuergelder in schwindende Marktsegmente» verlockt würden. Das Gesetz fördere den Massenwintertourismus «in unverhältnismässiger Art und Weise». Und dies obwohl «der Massenwintertourismus seit zwei Jahrzehnten rückläufig ist».

### **«Passt nicht zur Sparhysterie»**

Der Mehraufwand von 4,2 Millionen Franken jährlich sei zudem ein krasser Widerspruch «zur aktuellen von Sparhysterie geprägten kantonalen Finanzpolitik». Im letzten Jahr wurden bei der Bildung, der Gesundheit und im Sozialbereich massive Kürzungen vorgenommen. Kürzungen, die die meisten der sozialen Mittel- und Unterschicht mit voller Härte treffen. Dass nun aber ein Wirtschaftsförderungsgesetz mit einem millionenschweren Mehraufwand zum Zug kommen solle, das Schneekanonen fördere, aber KMU-Betriebe links liegen lasse, dürfe einfach nicht akzeptiert werden.

SP-Parteipräsident *Peter Peyer* plädierte dafür, die knappen Mittel nachhaltig einzusetzen. Er kann dem neuen Wirtschaftsförderungsgesetz nichts Gutes abgewinnen: «Was als grosser Wurf angekündigt war, entpuppt sich heute als biederes Papier, das keine Schwerpunkte setzt, keine Perspektiven aufzeigt und ein paar selbstverständliche Prinzipien moderner Wirtschaftspolitik wie etwa Nachhaltigkeit oder Risikokapital schmerzhaft vermissen lässt.» Dies sei umso störender, als der Grosse Rat es nicht für nötig befunden habe, dieses Rahmengesetz der Bevölkerung vorzulegen.

### **Appell an die Wirtschaft**

Der Churer SP-Grossrat sieht ein Nein als Chance für eine neue Vorlage, «die unseren ohnehin knappen Ressourcen berücksichtigt und die Mittel gezielt dort einsetzt, wo sie nachhaltige Wirkung entfalten». Dies sieht er auch als einen Appell an die Vertreter von KMU, Gewerbe und Wirtschaft, «mit uns zusammen eine neue Vorlage zu erarbeiten, die den Namen Wirtschaftsentwicklungsgesetz tatsächlich verdient und diesem Zweck zudient».

### **Gegen Schneekanonen**

Die Umweltschutzorganisationen ärgern sich vor allem, dass mit dem Gesetz der Bau von Schneekanonen unterstützt werden kann: «Statt die Flucht nach vorne zu wagen und Neues zu fördern, verstärkt das Wirtschaftsentwicklungsgesetz zusätzlich die Monokultur Skitourismus», ärgert sich *Anita Mazzetta*, Geschäftsführerin des WWF Graubünden. Das ruinöse Wettrüsten könne damit weitergehen, obwohl Experten raten, den Ausstieg aus dem krisen- und klimaanfälligen Skitourismus frühzeitig zu planen.

Nach der subventionierten Aufrüstung komme dann früher oder später die Abrüstung: «Denn Schneekanonen machen noch keinen Winter!» warnte die Umweltschützerin. (er)